Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden,** Altmarkt 2.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.

Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 40 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bes. 2spaltige Grundzeile 30, 40 bes. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Empfehle für **Reise** reizende kleine neue Taschen-Cameras ★★★
verbesserte Metallröhren-Stative etc.
Emil Wünsche Nachf., Moritzstr. 20.
Bitte, Neuheiten-Liste zu verlangen.

R. Beyer, Papier-Gross-Handlung.
Dresden-A. Am See 16 I.
Reichstes Lager aller Arten Papiere, Pappen etc. für eiligen Bedarf.
Alle Anfertigungen mustergemäss prompt und billigst! Um Einholung von Offerten und Kalkulationen wird gebeten.
Billigste Preise. — Tadellose und schnellste Lieferung.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 6081.

Jagdjoppen × Jagdmäntel × Jagdanzüge × Jagdhüte
sowie alle Jagd-Ausrüstungs-Artikel empfiehlt **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23,** part. und I. Etage.

Nr. 282. Spiegel: Wiederbeginn des Reichstags. Reichstagskandidaten. Gifte in Trinkgefäßen. Schnarchen im Schlaf. Gerichtsverhandlungen. Dichtungen König Johann's. Bäderwochenbericht. | Muthmaßl. Witterung: **Mild, veränderlich.** | **Sonntag, 12. Oktober 1902.**

Zum Wiederbeginn der Reichstagssitzungen.

Am Dienstag tritt der Reichstag wieder zusammen. Es geschieht das ohne jedes Gepränge, ohne Eröffnungsfeierlichkeit im Weißen Saale des Berliner Königsschlosses und ohne Thronrede. Denn es ist nicht eine neue Session, die übermorgen eröffnet wird, sondern die Fortsetzung derjenigen, die bereits vor zwei Jahren begonnen, der längsten, die das Deutsche Reich überhaupt erlebt hat. Am Dienstag soll die 193. Plenarsitzung der laufenden Session stattfinden. Die erste Sitzung fiel auf den 14. November 1900. Zwei Mal erfolgte dann die Vertagung des Reichstags: Mitte Mai 1901 und Mitte Juni dieses Jahres.

Die Hauptaufgabe des bevorstehenden Tagungsabschnittes des Reichstags bildet die Erledigung der Zolltarifvorlage. Wenn diese auch schon bisher eine Fülle von Hemmungen und Schwierigkeiten geboten hat, so daß es wiederholt schien, als könnte das ganze Werk scheitern, bevor es die Klippen der Kommissionsberathung überwunden hat, so beginnt doch erst jetzt mit der zweiten Lesung im Plenum dasjenige Stadium der Behandlung, in deren Verlaufe sich ermessen lassen wird, ob ein neuer Zolltarif in der gegenwärtigen Gesetzgebungsperiode, also vor den Neuwahlen, überhaupt noch zu Stande kommt. Die Bearbeitung, welche die Kommission an dem nur roh geformten Marmorblock vorgenommen hat, den nach einer Aeußerung des Grafen Posadowsky der Zolltarifentwurf ursprünglich darstellt, läßt nur wenig ahnen von der „wundervollen Bildsäule", die nach der Hoffnung des Staatssekretärs des Innern schließlich herauskommen soll. Einmal frägt es sich, ob der Kompromißwille bei den Regierungen wie bei den schutzzöllnerischen Mehrheitsparteien stark genug sein wird, um unter allen Umständen zu einer Verständigung zu gelangen, und andererseits, ob das Pflichtbewußtsein der Mitglieder der Mehrheitsparteien groß genug ist, um allen Anforderungen gerecht zu werden, die gestellt werden müssen, um die Widerstände der Opposition, die Verschleppungs- und Obstruktionstaktik, zu bewältigen. Die Sozialdemokraten und die Freisinnigen werden alle Kräfte einsetzen, um ein positives Ergebniß zu verhindern, weil sie die besten Geschäfte für sich erhoffen, wenn sich der Wahlkampf auf den Trümmern des Zolltarifwerkes vollzieht. Ein einigermaßen geschlossenes Zusammengehen der staatserhaltenden, der national und monarchisch gesinnten Elemente bei den Wahlen wäre dann von vornherein unmöglich gemacht, weil die ungelöst gebliebenen zollpolitischen und wirthschaftlichen Fragen die Gegensätze unter ihnen so scharf gestalten würden, daß sich die Parole der Sammlung gegenüber dem Radikalismus der Linken als unwirksam erweisen müßte. Scheitert er neue Zolltarif, so ergiebt sich daraus eine Wahlbewegung, die nur der Sozialdemokratie und deren Verbündeten willkommen sein kann, während der Regierung kaum eine Partei als zuverlässige Bundesgenossin bleiben würde, auf die sie sich in ihrer Zoll- und Handelspolitik stützen könnte. Die „Kreuzztg." bestreitet allerdings, daß die feste, zur Ablehnung des Tarifs führende Haltung der Konservativen und ihrer Freunde zur politischen Verfeindung zwischen ihnen und der Regierung führen müsse; sie schreibt: „Wenn der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen nach ihrer besten Ueberzeugung in den für uns wichtigen Punkten nicht „entgegen zu kommen" vermögen, so werden wir sie deshalb nicht entrüstet angreifen können, wir können von ihnen nicht verlangen, daß sie gegen ihre Ueberzeugung handeln. Sie werden aber auch die gleiche Achtung unserer Ueberzeugung zollen. Bei solcher Gesinnung ist das Fallen einer in erster Linie wirthschaftlichen Vorlage weder ein Grund zu prinzipiellen politischen Wandlungen, noch verhindert es den Versuch, auf anderer Grundlage eine Verständigung herbeizuführen." Diese Auffassung steht indeß nicht recht im Einklange mit den Erfahrungen, die die konservative Opposition bei der Kanalvorlage gemacht hat.

Die Flinte in's Korn zu werfen, liegt indeß noch kein Anlaß vor. Wenn sich bisher nicht das geringste Anzeichen wahrnehmen ließ, daß die Regierungen zu Entgegenkommen und Nachgiebigkeit geneigt sind, um ein Kompromiß mit den Mehrheitsparteien zu Stande kommen zu lassen, so folgt daraus keineswegs, daß sie für ein Kompromiß überhaupt nicht zu haben sind. Die scheinbar unabänderliche Regierungsposition erklärt sich wohl aus taktischen Rücksichten. Steht ein Kompromiß in Frage, so pflegt jede der beiden Parteien, die es erzielen will, so lange wie nur irgend möglich zu zögern und zurückzuhalten, um nicht schließlich derjenige Theil zu sein, der dem Kompromiß die größten Opfer zu bringen hat. Sobald das Plenum in der zweiten Lesung einen Beschluß gefaßt haben wird, der die Unmöglichkeit, eine Majorität auf die Regierungsvorlage zu vereinigen, außer Zweifel stellt, so werden die verbündeten Regierungen nicht umhin können, ihrerseits Anstalten zu treffen, um das nunmehr unentbehrlich gewordene Kompromiß anzubahnen. Dem Vorwurfe der Schwächlichkeit oder Inkonsequenz setzen sich die Regierungen gewiß nicht aus, wenn sie sich angesichts der Aussichtslosigkeit, ihre Vorlage unverändert durchzusetzen, dazu entschließen, sich auf das in allen konstitutionellen Verhältnissen übliche Kompromißverfahren einzulassen, zumal es sich nicht um grundsätzliche politische, sondern um wirthschaftliche Streitfragen handelt. Man kann der „Dtsch. Tgsztg.", dem Organ des Bundes der Landwirthe, nicht ganz unrecht geben, wenn sie es aus taktischen Gründen tadelt, daß gegenüber der „scheinbaren" Festigkeit der Regierungen schon jetzt Stimmen aus den Mehrheitsparteien laut werden, die zu weiterer Nachgiebigkeit rathen, damit überhaupt nur etwas zu Stande komme. Das erfolge, meint die „Deutsche Tagesztg.", wenige Tage, nachdem die Mehrheitsparteien den Regierungsentwurf für unannehmbar erklärt haben, ohne daß irgend etwas geschehen wäre, das weitere Erwägungen nothwendig gemacht hätte. „Der Reichskanzler," sagt das Blatt weiter, „wäre doch ein Thor, wenn er aus solchen Stimmen nicht schließen wollte, daß er mit immer weiterer Nachgiebigkeit gewisser Kreise rechnen kann. Wenn ihm direkt gesagt wird, daß man alles Mögliche thun werde, um etwas zu Stande zu bringen, so muß er geradezu aufgefordert werden, auf seinem Standpunkte zu beharren."

Daß innerhalb der Reichstagsmehrheit der ehrliche Wille überwiegt, sich mit den Regierungen zu verständigen, steht wohl schon heute außer allem Zweifel. Der konservative Abg. Rettich, dem als Vorsitzenden der Zolltarifkommission doch Einfluß und Ansehen in seiner Partei nicht abgesprochen werden kann, hat soeben einem Kompromiß das Wort geredet. Er empfiehlt Nachgiebigkeit, selbstverständlich — das ergiebt sich aus dem Wesen eines Kompromisses — nicht bis zu dem Grade, daß man sich vollständig auf den Regierungsstandpunkt stellt. Das wäre, meint der konservative Führer, eine politische Unmöglichkeit, der politische Tod der konservativen Partei. Auch die Regierungen müssen ihrerseits nachgeben, sonst bleiben naturgemäß alle Kompromißunterhandlungen aussichtslos. Wie weit der Abgeordnete Rettich entgegenkommen will, das hat er erklärlicher Weise aus taktischen Gründen nicht verrathen. Auch in Centrumskreisen macht sich schon seit geraumer Zeit eine Strömung geltend, die derjenigen, der der Abgeordnete Rettich für seine konservativen Freunde Ausdruck gegeben hat, parallel läuft. So hat vor wenigen Tagen in Limburg an der Lahn eine Centrumsversammlung unter Theilnahme von vier Reichstagsabgeordneten stattgefunden, in der eine Resolution einstimmig angenommen wurde, die das Vertrauen ausspricht, daß es der Centrumsfraktion gelingen werde, in dem Widerstreit der Interessen bei der Weiterberathung der Zolltarifvorlage den richtigen Weg zu finden. Nach den Kommentaren der ultramontanen Presse soll hiermit angedeutet werden, daß eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen nicht von der Hand gewiesen und keineswegs auf dem Standpunkte „Alles oder Nichts" verharrt werden soll. Daß der angedeutete richtige Weg nur der des Kompromisses sein kann, bei dem auch die Regierungen Nachgiebigkeit beweisen müssen, liegt auf der Hand; denn es wird ausdrücklich betont, daß mit einem einfachen Zurückweichen auf alle Sätze der Vorlage seitens des Centrums oder auch nur eines Theiles der Partei auf keinen Fall gerechnet werden könne. Wie der konservative Abgeordnete Rettich offenbar in Uebereinstimmung mit der Mehrheit seiner Partei erklärt hat, das Zurückgehen auf die Regierungsvorlage in den wichtigsten noch streitigen Punkten sei eine politische Unmöglichkeit, so versichern auch die maßgebenden Organe des Centrums, daß vermöge einer Verständigung zwischen den Regierungen und der Mehrheit der neue Zolltarif zu Stande kommen könne. Lassen sich die Regierungen auf ein Kompromiß nicht ein, so würden dann auch diejenigen Centrums-Abgeordneten, die sonst gern die Hand zu einer Verständigung bieten, an allen Kommissionsbeschlüssen festhalten. Das müßte gleichbedeutend sein mit dem Scheitern des Zolltarifs, weil es nach den bestimmten Erklärungen der Regierungsvertreter für absolut ausgeschlossen gelten kann, daß die Gesammtheit der Kommissionsbeschlüsse von dem Bundesrath angenommen wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 11. Oktober.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Gegenüber den einander widersprechenden Mittheilungen von angeblich burischer Seite über die Frage des Empfangs der Burengenerale beim Kaiser wird der „Nat.-Ztg." von zuverlässiger Seite versichert, daß der deutsche Schritt, der auf Befehl des Deutschen Kaisers gegenüber den Burengeneralen unternommen worden war, sich auf eine Benachrichtigung von den Empfangsbestimmungen beschränkte. Ein Wunsch des Kaisers, die Burengenerale zu sehen, ist diesen niemals mitgetheilt worden. Die hier und da aufgestellte Behauptung, daß ein solcher Wunsch ihnen mitgetheilt worden sei, ist mindestens ein unbewußter, wenn nicht gar ein bewußter Irrthum. — Die „Köln. Ztg." tritt der Behauptung entgegen, der Reichskanzler habe von dem Wunsche des Kaisers, die Burengenerale kennen zu lernen, keine Kenntniß gehabt, sei vielmehr unangenehm davon überrascht worden. Niemand anders, als das Auswärtige Amt resp. der Reichskanzler, habe die Buren von dem kaiserlichen Wunsche in Kenntniß zu setzen. Keineswegs habe der Kaiser sich direkt an die Generale gewandt. Der Reichskanzler gabe dem Burenbesuche durchaus freundlich gegenüber gestanden. Er hätte ihn recht gern gesehen, wenn er in den Schranken, die bei den ersten Verhandlungen gezogen wurden, ausgeführt worden wäre, weil er darauf rechnete, auf diese Weise die Burenbewegung in Deutschland in ein ruhiges Fahrwasser zu leiten und Kundgebungen vorzubeugen, die England zu Ungunsten der Buren ausgelegt hätte. Daß die Buren später ihren ersten Entschluß änderten, sei weder die Schuld des Kaisers, noch des Reichskanzlers. Gegenüber der Behauptung, die Buren hätten sich nicht geweigert, die Vermittelung der englischen Gesandtschaft anzurufen, konstatirt die „Köln. Ztg.", daß es sich hier um eine neue Erfindung handele. Die Buren hätten die Weigerung, sich an den englischen Botschafter zu wenden, in ganz unzweideutiger Weise zu erkennen gegeben. Das Gerücht, daß der Besuch der Burengenerale in Berlin unterbleiben solle, wird hier als unbegründet bezeichnet. Das bereits veröffentlichte Programm bleibt in vollem Umfange bestehen; nur wird an Stelle Ernst von Wildenbruch's, der seiner Gesundheit wegen vor acht Tagen nach Meran abreisen mußte, ein anderes Komiteemitglied die Begrüßungsansprache halten. Herr v. Wildenbruch wünscht jedoch mit besonderem Nachdruck zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß er mit tiefstem Bedauern, und nur weil infolge der verspäteten Ankunft der Generale seine durch Gesundheitsrücksichten veranlaßte Reise ihn zur Zeit ihrer Anwesenheit von Berlin fernhält, auf die übernommene persönliche Begrüßung der Generale verzichtet hat. — In Utrecht findet heute, wie von dort gemeldet wird, eine Konferenz der Burengenerale statt, in der zu der Darstellung der „Nordd. Allg. Ztg." Stellung genommen und eine entsprechende Erklärung verfaßt werden wird. Den Vorsitz in dieser Versammlung führt Krüger, Leyds wird nicht anwesend sein. Letzterer verwahrt sich entschieden dagegen, daß er die Generale bezüglich ihres Besuches in Deutschland beeinflußt habe. In ihrer Erklärung wollen die Generale, wie es heißt, auf das Nachdrücklichste betonen, daß sie nicht eine Einladung des Deutschen Kaisers ausgeschlagen, und noch viel weniger abgelehnt hätten, die Vermittelung der englischen Gesandtschaft anzunehmen.

Berlin. Vicеadmiral Diederichs ist unter Enthebung von der Stellung als Direktor des technischen Departements zum Direktor des Allgemeinen Marinedepartements, und Contre-Admiral v. Ahlefeld zum Direktor des technischen Departements ernannt worden. — Die Ernennung des Oberbürgermeisters von Danzig, Dr. Delbrück, zum Oberpräsidenten von Westpreußen steht bevor. — Professor Helfferich, der bekannte volkswirthschaftliche Schriftsteller, ist zum ständigen Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amte ernannt worden, nachdem er seit einem Jahre in der Kolonialabtheilung kommissarisch als volkswirthschaftlicher Referent beschäftigt gewesen ist. — Der Seniorenkonvent des Reichstags tritt am Dienstag, kurz vor der Plenarsitzung, zusammen, um über die geschäftliche Behandlung der zweiten Lesung des Zolltarifs zu berathen. — Generalleutnant z. D. A. von Burmb, bis 1894 Kommandeur der 3. Kavalleriebrigade in Stettin, ist gestern in Charlottenburg gestorben.

Berlin. (Priv.-Tel.) Abgeordneter Dr. v. Frege hat an die „Kreuzztg." ein Schreiben bezüglich der Beurtheilung seiner in der ökonomischen Société in Leipzig zum Zolltarif gehaltenen Rede gerichtet. Es heißt darin: Nur die Ueberzeugung, daß mein Wahlkreis bei einer Nachwahl gefährdet ist, der Sozialdemokratie anheim zu fallen, und die dringende Bitte, bis zum Schluß dieser Wahlperiode auszuharren, hält mich ab, mein Mandat niederzulegen. Die „Deutsche Tagesztg." kann mich also ruhig zu den Todten werfen. Ich werde ihre Kreise nicht stören, wohl aber hielt ich es nach meinem bald 30jährigen zollpolitischen Arbeiten, als einer der ältesten Agrarier, für meine Pflicht, ein Wort aufrichtiger Warnung im Kreise meiner Freunde zu sagen. Ich bin derselbe Agrarier, als welcher ich im Jahre 1878 in die konservative Fraktion eintrat. Wie aber schon damals, trotz Fürst Bismarck's zollpolitischer Wandlung, nicht alle unsere gewiß berechtigten Wünsche erfüllt werden und erfüllt werden konnten, so fürchte ich, werden auch jetzt nicht alle an sich durchaus wichtigen agrarischen Forderungen durchführbar sein, weil die Aera Caprivi so viel Fundamente erschüttert hat, auf denen ein einwandsfreier Schutzzollthurm sich errichten ließe. Scheitert der jetzt vorliegende Zolltarif, so sehe ich sehr pessimistisch in die wirthschaftliche Zukunft Deutschlands, welche nur durch ehrliche Bundesgenossenschaft der Landwirthschaft und Industrie eine gesicherte ist. Der Ertrinkende greift auch nach der schwankenden Planke, zumal wenn das rettende Boot in so unsicherer Ferne erscheint, wie eine feste Mehrheit des Reichstags für den für uns ganz befriedigenden Zolltarif. Hierin will ich mich geirrt haben, wenn ein besseres Resultat, als die Regierungsvorlage, zu erreichen ist. — Die Milchcentrale hat heute ihren Mitgliedern mitgetheilt, daß sie jetzt im Milchkriege vollständig gesiegt habe: von über 420 000 Liter Milch, welche die Mitglieder der Centrale nach Berlin liefern, sei bis auf 70 000 Liter alles verpachtet.

Hannover. Wie der „Hannov. Cour." erfährt, wird Graf Waldersee, entgegen anders lautenden Blättermeldungen, an der am 17. d. M. in Berlin stattfindenden Chinagedenkfeier theilnehmen.

Lübeck. Der Großherzog von Oldenburg traf heute Vormittag hier ein und wurde am Eingange des Rathhauses vom Bürgermeister begrüßt. Im Audienzsaale des Senats fand festlicher Empfang statt. In der alterthümlichen Kriegsstube des Rathhauses wurde ein Frühstück eingenommen; dann erfolgte die Besichtigung des Justizgebäudes.

Prag. (Priv.-Tel.) In der Einlage-Abtheilung der St. Wenzels-Vorschußkasse fehlen 1 303 769 Kronen, in der Wechselabtheilung 2 000 000. Man ist darauf gefaßt, daß der Gesammtabgang sich auf 4 000 000 Kronen steigert.

Paris. (Priv.-Tel.) Die „Libre Parole" will wissen, der Kabinetschef bereite einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Aufhebung des Konkordats und sofortige Trennung von Kirche und Staat. Vier Minister, darunter Rouvier, seien jedoch entschlossen, zu demissioniren, wenn dieses Gesetz in der Kammer eingebracht werde.

Genf. (Priv.-Tel.) Die Stadt bietet wieder ihr gewohntes Bild. Der Straßenbahnbetrieb ist heute Mittag theilweise wieder aufgenommen worden. Die Friseure, Schneider und Setzer haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Lens. Hier ist die letzte Nacht sehr ruhig verlaufen. In den Kohlengrubenbezirken des Departements Pas de Calais ist der Ausstand noch immer allgemein.

St. Etienne. Ueber den Zusammenstoß zwischen Ausständigen und Gendarmen in Terre Noire werden folgende Einzelheiten berichtet: Nachdem die Ausständigen gestern Abend Kohlenwagen umgestürzt hatten, gab ein Polizist einen Revolverschuß ab und verwundete einen Arbeiter. Zwei andere Gendarmen eilten herbei, nahmen über den Vorgang ein Protokoll auf und wollten sich dann nach der Gendarmeriekaserne zurückbegeben, woran die Ausständigen sie zu hindern suchten. Der

Wenn Sie gut und billig essen und trinken wollen, so verfehlen Sie nicht, den Hirsch am Rauchhaus, Weberstrasse-Schweizerstrasse, zu besuchen.